

## Heute

### Herbstsession Schweiz berät über Masseneinwanderung

Die Schweizer Politik berät heute unter anderem über die Steuerung der Zuwanderung und Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative der SVP.

[www.volksblatt.li](http://www.volksblatt.li)

### Weltwirtschaft

#### Prognosen gesenkt

**PARIS** Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat ihre Wachstumsprognosen für die Welt gesenkt. Demnach dürfte die Weltwirtschaft in diesem Jahr um 2,9 Prozent und im kommenden Jahr um 3,2 Prozent wachsen. Das sind je 0,1 Prozentpunkte weniger als noch im Juni angenommen. Besonders deutlich, nämlich von 1,8 auf 1,4 Prozent, wurden die Erwartungen in den USA und im kommenden Jahr für Grossbritannien (von 2 auf 1 Prozent) gesenkt. Die zweitgrösste Volkswirtschaft China sollte 2016 um 6,5 Prozent und 2017 um 6,2 Prozent wachsen. Diese Prognose hielt die OECD stabil. Für Japan prophezeien die Ökonomen ein weiterhin schwaches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,6 im laufenden und 0,7 Prozent im kommenden Jah. (sda/apa/dpa-afx/reuters)

### Keine Negativzinsen

#### Banken verschonen Normalsparer

**ZÜRICH** Normale Sparer müssen in der Schweiz vorläufig nichts dafür bezahlen, ihr Geld bei einer Bank zu deponieren. Für die Banken wird es zu Zeiten von Negativzinsen bei den Zinsmargen aber immer enger, wie eine Studie des Beratungshauses EY ausweist. Die Zinsmargen der untersuchten 348 Banken sanken im vergangenen Jahr auf 1,17 Prozent. Die Abnahme entsprach etwa dem jährlichen Durchschnittsrückgang seit 2007. Das setzt sich fort. Die EY-Auwertung der Halbjahreszahlen zeigt einen erneuten Rückgang um 0,03 Prozentpunkte. Die Analyse zeigt, dass seit Einführung der Negativzinsen durch die SNB die Zinssätze von neuen Hypothekarkrediten mit Laufzeiten zwischen fünf und sieben Jahren nur geringfügig gesunken sind. Die Hypothekarschuldner profitierten damit nicht von den gesunkenen Zinssätzen an den Kapitalmärkten. (sda)

# Die Zukunft liegt in der Nachhaltigkeit

**Finanzplatz** Am 9. Liechtensteinischen Bankentag referierten Sony Kapoor und Alastair Lukies über die Zukunft der Finanzindustrie, Fintech und die Bedeutung der Nachhaltigkeit in der Finanzbranche.

VON HARTMUT NEUHAUS

«Es sieht für die Finanzbranche in der Zukunft nicht sehr rosig aus, wenn sich nicht einiges ändert», betonte Sony Kapoor, Direktor des internationalen Thinktanks «Re-Define», gestern Abend beim 9. Liechtensteinischen Bankentag im Vaduzer Saal. Zahlreiche Persönlichkeiten aus der Politik und Wirtschaft, darunter Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein, nahmen an dem Anlass teil, bei dem hochkarätige Referenten zum Thema Finanzindustrie, Finanztechnologie und Nachhaltigkeit in der Finanzbranche referierten. Simon Tribelhorn, Geschäftsführer des Bankenverbands, begrüßte die Gäste und führte ins Thema ein. Es seien einige Ziele in der Vergangenheit erreicht worden, betonte er, allerdings gebe es im Hinblick auf das Strategiepapier Roadmap 2020 noch einiges zu tun. Die Stichworte Digitalisierung und Nachhaltigkeit hätten in den vergangenen Jahren immer mehr an Bedeutung gewonnen. Auch Regierungschef Adrian Hasler sieht in seinen Grussworten die Nachhaltigkeit und die Innovation als wichtigste strategische Herausforderung für die Finanzindustrie im aktuellen wirtschaftlichen und technologischen Umfeld. «Innovation braucht Stabilität», führte er aus. Und Innovationen machen keinen Sinn, wenn sie nicht auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind. Es seien weitere Eigenschaften wie Transparenz, Qualität und Stabilität gefragt, die langfristige Eckpfeiler der Finanzplatzstrategie sind und bleiben müssen.

#### Es sieht düster aus

Sony Kapoor zeichnete im Bereich des Investmentbankings eine düstere Zukunft auf. «Wir leben in einer sehr gefährlichen Zeit», betonte er, denn die enormen Geldmengen am Markt können nicht derart investiert werden, dass sie eine gute Rendite abwerfen. Im Gegenteil, anstatt einen Zins für ein Investment zu erhalten (zum Beispiel beim Kauf einer Anleihe), müsse man dafür zahlen, dass jemand das Geld nimmt. Die Folgen der schlechten Renditen seien unabsehbar, denn schon jetzt hätten viele Pensionskassen grösste Mühe, wegen der fehlenden Erträge die Renten abzusichern. Sony Kapoor zeigte weiter auf, dass riesige Geldmengen darauf warten würden, investiert zu werden, das Problem sei nur, man wisse nicht, in was man investieren solle. Als Lösung empfiehlt er Investitionen in Schwellen-



Landtagspräsident Albert Frick, Regierungschef Adrian Hasler, Erbprinz Alois, die Referenten Alastair Lukies und Sony Kapoor, Simon Tribelhorn (Geschäftsführer Bankenverband) und Adolf E. Real (Präsident Bankenverband) (v. l.). (Fotos: N. Vollmar)



Bankenverbandspräsident Adolf E. Real verabschiedete sich von den Gästen.

wirtschaften und in kleine, nicht kotierte grüne und ökologische Unternehmen. Dies gebe gute Renditen, sei nachhaltig, innovativ und der einzige Weg in die Zukunft.

#### Fintech als Herausforderung

Alastair Lukies, Vorsitzender des Fintech-Branchenverbands Innovate Finance und Business Ambassador des

britischen Premierministers zeigte in seinem Referat auf, wie Fintech die Finanzindustrie verändert. Er sieht das Fürstentum Liechtenstein als besten Nährboden für Fintech-Unternehmen. Das Rating Triple AAA, die Stabilität, der starke Finanzplatz, die Erreichbarkeit, die Kontinuität sowie der Wille zur Innovation machen das Land einzigartig und für Kunden

mit hohem finanziellem Vermögen interessant. Zum Schluss verabschiedete sich Adolf E. Real, nach neun Jahren Tätigkeit im Liechtensteinischen Bankverband, offiziell von den Gästen. Es habe viele Höhe- und Tiefpunkte gegeben, er sei jedoch dankbar, dass er beim Aufbau des «neuen» Finanzplatzes Liechtenstein mitwirken durfte.

## Schweiz hinkt im Vergleich hinterher

**Vermögenszuwachs** Die Einwohner der Schweiz sind weltweit nach wie vor am reichsten. Der Abstand zu den anderen Industrienationen schrumpft allerdings.

Im Schnitt besitzt jede Person in der Schweiz netto ein Vermögen von 171 000 Euro. Das zeigt der neuste Global Wealth Report, den die Versicherungsgesellschaft Allianz am Mittwoch veröffentlicht hat. Von den 50 untersuchten Ländern ist die Schweiz damit Spitze. Am zweitreichsten sind die US-Amerikaner, die durchschnittlich 161 000 Euro auf der hohen Kante liegen haben. Zu den drittplatzierten Briten,

die auf 96 000 Euro kommen, besteht bereits ein beträchtlicher Abstand. Die Deutschen folgen mit 48 000 Euro erst auf Rang 18. Zumindest ein Teil des grossen Vermögensvorsprungs der Schweizer ist allerdings einem rechnerischen Effekt geschuldet. So werden die Zahlen für die Schweiz in Euro ausgewiesen, gegenüber dem der Schweizer Franken im vergangenen Jahr bekanntlich stark zugelegt hat.

#### Schwaches Wachstum

Betrachtet man die Entwicklung der Vermögen, zeigt sich allerdings ein anderes Bild. Im Vergleich zur Vorjahresperiode hat das Bruttogeldvermögen in der Schweiz lediglich um 1,7 Prozent zugelegt. Das ist ein Wert, der somit deutlich unter dem weltweiten und auch dem eu-

ropäischen Durchschnitt liegt. Laut Studienautor Arne Holzhausen ist das geringe Wachstum in der Schweiz einerseits Ausdruck des bereits hohen Vermögensniveaus. Andererseits spiegle sich darin auch die lähmende wirtschaftliche Entwicklung im Zug der Frankenaufwertung. Auch die Wertpapiere - von denen die Schweizer traditionell viele halten - hätten unter dem Frankenschock gelitten, sagte Holzhausen gegenüber der Nachrichtenagentur SDA. Doch auch im langfristigen Vergleich steht die Schweiz beim Vermögenswachstum hinten an. Seit 2007, dem Ausbruch der Finanzkrise, sind die Netto-Geldvermögen pro Kopf hierzulande um 4,5 Prozent gewachsen - der europäische Schnitt lag bei knapp 31 Prozent. (sda)

### EFTA-Überwachungsbehörde

#### Urteil nicht umgesetzt

**BRÜSSEL/VADUZ** Liechtenstein hat das Urteil des EFTA-Gerichtshofs, welches die Niederlassungsfreiheit eines selbstständig erwerbenden Dentisten betraf, nicht umgesetzt. Zu diesem Schluss kam die EFTA-Überwachungsbehörde heute in ihrer mit Gründen versehenen Stellungnahme. 2011 leitete die EFTA-Überwachungsbehörde in dieser Angelegenheit eine Untersuchung ein und machte den Fall schlussendlich vor dem EFTA-Gerichtshof anhängig. Der Gerichtshof entschied am 31. März 2015, dass Liechtenstein die Niederlassungsfreiheit von Dentisten beschränkt, indem deren Beruf in Liechtenstein nur im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses und unter Aufsicht, Anleitung und der Verantwortlichkeit eines voll

qualifizierten Zahnarztes ausgeübt werden kann. Liechtenstein hatte bereits versucht, diese Einschränkung zu beheben, verstösst diesbezüglich aber bis heute gegen EWR-Recht. In dem nun vorliegenden Vertragsverletzungsverfahren will die EFTA-Überwachungsbehörde erreichen, dass Liechtenstein dem Urteil des EFTA-Gerichtshofs möglichst rasch nachkommt. Eine mit Gründen versehene Stellungnahme ist der zweite Schritt in einem Vertragsverletzungsverfahren. Die EFTA-Überwachungsbehörde kann den Fall vor den EFTA-Gerichtshof bringen, falls Liechtenstein innerhalb von zwei Monaten nach der Zustellung der Stellungnahme keine ausreichenden Massnahmen ergriffen hat. (pd/red)